

Bezugspreis
Für Halle und Umgebungen 2,50 Mark
durch die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr.
Die halbjährige Sendung kostet monatlich 10 Mark.
Ministeriales Unterabteilung des Reichsjustizministeriums,
Königsplatz 10, Berlin.
Kaufstelle: Buchhandlung des Reichsjustizministeriums,
Königsplatz 10, Berlin.
Halle, Verlagsanstalt, d. Buchhandlung, f. d. Post, Sachl.

Ausgabe-Gebühren
Für die fünfzehnjährige Zeitzeile über deren Raum
für Halle 15 Pfennig, sonst 20 Pfennig.
Verlangen am Schluss des Rechnungsjahrs die Zeile
40 Pfennig.
Anzeigen-Annahme bei der Expedition mit allen Anzeigen-
gebühren.
Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg, etc.
Mittels Nr. 125.

Müllerische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 265. — Jahrg. 192. Halle a. S., Freitag 9. Juni 1899. Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipzigerstr. 97. Preis: 2 Mark. Druck: Berlin SW., Bernburgerstr. 8.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser hat sich gestern Morgen vom Neuen Palais zu Wagen nach Döberitz bei Spandau begeben, wo um 9 Uhr die Befestigung des 1. und des 2. Garde-Drager-Regiments stattfand. Das Frühstück nahm der Kaiser im Lager von Döberitz beim Offiziersort der 3. Garde-Kavallerie-Brigade ein, um abends nach Berlin zurückzukehren.

* Prinzregent Luitpold von Bayern trat gestern Abend 9 Uhr die Landreise nach München an; auf dem Bahnhofs warte war der Oberbürgermeister und der Großherzog, Prinz Max und Prinz Karl anwesend.

* Die Geschäftsreise der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wird aus einem Telegramm des Zaren an den Generaladjutanten Grafen Paul Schadowitz wieder einmal recht klar, der gestern sein fünfzigjähriges Jubiläum feierte. In dem Telegramm heißt es u. a.: „Mein unvergesslicher Vater, der Ihre schönen Talente hochschätzte, erkannte Sie zum Vorgesetzten bei Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen. In dieser hervorragenden Stellung erwarde Sie die allgemeine Sympathie und Tugend viel dazu bei, die auf gegenseitiges Vertrauen gegründete Freundschaft mit der benachbarten Großmacht fester zu gestalten.“

* Den Anfang neuer Kriegserörterungen wird zweifellos in einer gewissen Weise das von dem „Zeit. Abl.“ gestern aus St. Petersburg mitgeteilte Telegramm machen, es sei in vorigen Leitenden Artikel das Bericht vertrieben, das Fürst Adolff in auf den vorliegenden Hofbesuchungen nicht mehr zurückzuführen werde. — Da von verschiedenen Seiten Fürst Adolff seit Monaten als künftiger Reichskanzler genannt, von anderen ebenso als unmöglich bezeichnet wird, so dürfte mit jener Meldung der Kombinationskammer ein weites Feld eröffnet sein.

* Die durch die Wälder gegangene Meldung, der frühere Oberpräsident von Breslau Graf v. Schorlemer-Alst solle Vorarbeiten des rheinischen Bauvereins werden, haben wir bereits als irrtümlich bezeichnet. Herr v. Schorlemer, dem durch seine Gemahlin die Verwaltung des großen Putschellen Gutsbesitzes zugefallen ist, ist vielmehr dazu auersehen, der erste Vorarbeiter der neu zu errichtenden Landwirtschafts-Kammer für die Rheinprovinz zu werden.

* Personalnachrichten. Herr Graf Gantner v. Slesienitz-Glesienitz ist mit seiner Gemahlin zu einem vorläufig 14tägigen Aufenthalt auf seinem Schloss Graeswitz bei Hensberg eingetroffen. — Der bekannte italienische General A. D. Varacchi ist, wie im Vorjahre, zu längerem Aufenthalt in Wiesbaden eingetroffen. Ober-Regierungsrat Paul Grunert, der stellvertretende Präsident der königlichen Eisenbahndirektion in Königsberg ist, am 2. d. nach Frankfurt a. M. verfahren Herrn Tomo zum Präsidenten der königlichen Eisenbahndirektion Danzig ernannt worden. — Der Oberbürgermeister von Oberfeld Geheimen Regierungsrath Jäger ist gehen gefahren. Wie der „Straß. Post“ am Sonntag gemeldet wird, ist der Kommandeur der 27. Division in Ulm, Generalleutnant v. Sidl, nach Preußen kommandiert worden, welche Stelle durch Verlegung des Generals der Infanterie v. Jena zu dem Divisionschef von der Armee erledigt ist.

* Am 6. Juni trat in Kassel der ständige Ausschuss des deutschen Landwirtschaftsraths zu einer Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung stand als Hauptpunkt: „Errichtung einer Zentralkammer in Preußen für die deutsche Landwirtschaft.“ Die Verhandlungen waren vertraulich.

* Die Verhandlungen der Kanalvorlage werden in der Presse unter Angabe von Einzelheiten und Kompensationen erörtert. Wir glauben, daß die Verhandlungsverläufe, welche zur Zeit gemacht werden, noch keineswegs zum Abschluß gekommen sind und daß von einer endgültigen Formulierung von Kompensationen und Erklärungen noch nicht die Rede sein kann. — Der Bericht über die Kanalvorlage ist übrigens vorabhandelt seiner Veröffentlichung in der heutigen Sitzung der Kanalkommission jetzt fertig gedruckt und zur Verteilung bereit. Er umfaßt 123 Seiten und enthält auch bildliche Darstellungen. — Um ihm insbesondere die Erklärungen der Vertreter der Staatsregierung in voller Ausführlichkeit mitzugeben, jedoch dieselbe auch für weitere Kreise eine wichtige Quelle der Information sein wird.

* Antisiphilische der Erwerbung des neuen Reichslandes in Preußen (Ost-Schlesien) führte der Oberpräsident Fürst v. S. v. Helldorf in einer Rede aus, daß das Bundesland des Rhein-Eisen-Raums aus im vitalen Interesse der schlesischen Montanindustrie liege. Ein Schiedren der Kanal-Vorlage bedeute auch für Schlesien auf absehbarer Zeit den Verlust auf die notwendigen Verbesserungen der schlesischen Landwege, und vielmehr noch andere Wünsche. Die schlesische Montanindustrie sei ein wichtiger Faktor im preußischen Staate. Man könne unbedingt das Vertrauen zu der Staatsregierung haben, daß diese die wirtschaftliche Einheit zwischen den verschiedenen Provinzen aufrecht erhalten und eine nennenswerten Verbesserungen in den schlesischen Provinzen einleiten lassen werde. Ueber die hierzu erforderlichen Maßnahmen würden schon eingehende Ermittlungen angestellt. — Es ist nicht zu verwundern, daß diese Rede des Fürsten Gegenstand großen Aufgangs in den landwirtschaftlichen und industriellen

Streifen seiner Provinz finden wird. Denn gerade die Provinz Schlesien fürchtete beunruhigt von dem neuen Kanale die größten Schädigungen.

* Einheitslicher Personentarif? Bei der Beratung des Eisenbahnbetriebs in der mittelländischen Kammer der Abgeordneten leitete der Ministerpräsident Freiherr von Mittnacht mit, in der letzten Zeit hätten auf Veranlassung und unter Teilnahme des Reichseisenbahnministers Verhandlungen stattgefunden zwischen Bayern, Baden, Württemberg und den Reichsländern über die Einführung eines einheitlichen Personentarifs.

* Mit einem Mehr von nahezu 12 Millionen bei den Aufstellungen, von über 12 Millionen an Abnahme wachsend die Zurechnung an der Spitze der günstigen Entwicklung der Zölle und Reichsteuern. Diese starke Zunahme des Steuerertrages hat, so wird dazu offiziell bemerkt, eine über die Steuern hinausgehende wesentliche Bedeutung insofern, als daraus auf eine starke Zunahme des Inlandsverbrauchs an Zucker geschlossen zu werden muß. Dieser Mehrertrag an Steuer entspricht einem Mehrverbrauch von etwa 60 Millionen Kilo oder beinahe 11 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Erwägt man, daß in dem Jahrzehnt von 1887 bis 1896 der Verbrauch an Zucker sich nur um etwa 4 kg oder rund 0,3 kg durchschnittlich im Jahre vermehrt hat, so erhellt, wie verhältnismäßig stark der Inlandsverbrauch in dem letzten Jahrzehnt gestiegen ist. Wie sehr eine solche Steigerung des Inlandsverbrauchs im Interesse der heimischen Zuckerproduktion liegt, bedarf der näheren Erläuterung nicht.

* Dem Jahresbericht 1898 über die Wirtschaft der Kaiser-Wirtschaft für den Zeitraum 1. Juli 1897 bis 30. Juni 1898, der die Einnahmen 41.941.557 Mk., Ausgaben 31.041.557 Mk. betragen, die Ausgaben an direkten Unterweisungen 92.755,80 Mk. betragen haben. Das Anwaltsbeim, dessen Gründung bei der Centralexeise des Jahres 1897 beschlossen wurde, dürfte am 1. Juli d. J. mit 26 Anwaltsen eröffnet werden. Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1898 791.670,50 Mk. Die diesjährige Sitzung des Verwaltungsrates findet am 14. Juni in Berlin statt.

* Die internationale Konferenz in Brüssel über die Zollbehandlung von Spirituosen in mittelasiatischen Kolonien ist gestern unterbrochen worden.

* Dem Bundesrat ist eine Novelle zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete zugegangen. Die Vorlage wird wie folgt begründet:

Die zur Zeit geltenden Gesetze bieten keine Handhabe für die Gründung solcher Schutzgebiete, welche die Ausübung der von China in dem Vertrage vom 6. März v. J. für die Provinz Schantung zugesicherten Vergütungen zur Aufgabe erfüllt haben. Die Gründung derartiger Schutzgebiete kann insbesondere nicht nach Maßgabe des auch der Reichsverfassung der deutschen Kolonialverfassungen zugrundeliegenden Grundsatzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete erfolgen, da dieses Gesetz nur solche deutsche Kolonialverfassungen im Auge hat, welche die wirtschaftliche Entwicklung von deutschen Schutzgebieten bezwecken und außerdem ihren Sitz entweder im Reichsgebiet oder in den deutschen Schutzgebieten haben, während die für die Ausübung der bezeichneten Rechte in der Provinz Schantung zu gründenden Gesellschaften ihre Hauptstätigkeit gerade in Gebieten, die nicht unter deutscher Herrschaft stehen, ausüben wollen. Die Bestimmungen des genannten Gesetzes haben sich nun insbesondere auch, insofern sie sich auf die Bildung von deutschen Kolonialverfassungen beziehen, bis jetzt bewährt. Es empfiehlt sich deshalb, diesen Gesetzen eine Fassung zu geben, welche auch die Gründung solcher Gesellschaften ermöglicht, die ihre Tätigkeit auf Gebieten, die nicht unter deutscher Herrschaft stehen, ausüben die Absicht haben. Dieser Zweck soll durch die vorliegende Novelle erreicht werden.

* England und der deutsch-spanische Vertrag. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt bezüglich: „Die „Samburger Nachrichten“ geben in einem Artikel über das deutsch-spanische Abkommen der Vermählung Kaiserin, Deutschland habe an England in Afrika Konzessionen gemacht, um englischen Einwirkungen gegen den neuen deutschen Kolonialerwerb vorzubeugen. Das Samburger Blatt führt indessen selbst hinzu, es nehme an, daß dies nicht zuträfe. Wir sind in der Lage, die Richtigkeit dieser Annahme bestätigen zu können. Jene Vermählung von Konzessionen an England entbehrt in der That jeder Begründung.“

* In der Samoa-Frage meldet der Londoner Korrespondent der „Vormittagspost“, die englische Regierung erwarte Ende dieser Woche wichtige Meldungen über in Samoa verfallenen Kommissare. Das Gesamtproblem der zukünftigen Regierung der Inseln gehe einer befriedigenden Lösung weit schneller entgegen, als ursprünglich zu hoffen war. Die Kabinete von Berlin, London und Washington würden sofort nach Eintreffen des erwarteten Berichtes in direkten Meinungsaustrausch über diese Lösung treten (die nach anderer Ansicht nur der Erwerb von Upolu für Deutschland sein kann).

Parlamentarische.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet in der heutigen Sitzung den Nachtragsetz und bewilligte eine erste Rate von 200 000 Mark für die deutsche Südpolar-Expedition

und eine Nachforderung von 350 000 Mark für die Vervollständigung an der Westausstellung in Paris. Die Kommission genehmigte ferner 120 000 Mark für eine elektrische Lichtstation des Reichstagesgebäudes und 20 000 Mark für die ethnographische Abteilung des Reichstagesgebäudes. Die Kommission bewilligte ferner 100 000 Mark als erste Rate für einen Generalaufbau des Reichstagesgebäudes in Berlin und bewilligte ferner 15000 Mark für den Entwurf.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 8. Juni 1899. 1. Hr. Am 28. des Bundesrats: Graf Boissodorski. Die zweite Beratung der Invalidentversicherungsvorlage war fortgesetzt.

Die Vorarbeiten über das Verfahren bei Veränderung der Anfallsteuern und bei der Vermögensaufrechterhaltung (§§ 67-69) sowie über die Schiedsgerichte (§§ 70-74) werden ohne erhebliche Zettel genehmigt. Zu § 74 lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor, wonach die Rentenbereiber in der Wahl ihrer Wahlmännchen vor dem Schiedsgericht nicht beschränkt sein sollten.

Somit der Gesetzentwurf wurde der Abg. Trimbner (Centrum) widersprechen diesen Antrag; man solle zu den Schiedsgerichten das Vertrauen haben, daß sie bei der Zulassung der Wahlmännchen ebensowenig ergebnislos verfahren würden, wie die Zivilgerichte. Die §§ 74 bis 76 trafen Bestimmungen über die Landesversicherungsämter und das Versicherungsamt.

Auf eine Anregung des Abg. Müller-Duisburg (Nacht.) erklärt der Direktor im Reichsamt des Innern v. Wobesitz, daß das Reichsversicherungsamt berechtigt ist, in jedem Augenblicke die Geschäftsbekanntmachung der Versicherungsanstalten zu kontrollieren. Die Bekanntheit eines mittleren Zettels genügt, ebenso die Vorarbeiten über das Verfahren bei der Rentenbewilligung u. s. w. (§§ 75-86) nach den Beschließen der Kommission. Zu § 87 (Auszahlung der Renten) beantragt Graf von Helldorf, die auf den Reichsamt des Innern zu richten, bei der Auszahlung der Renten ein einfacheres Verfahren einzuführen zu wollen.

Der Direktor im Reichsamt des Innern v. Wobesitz erklärt, daß die verbundenen Regierungen bereits Vorschläge anstellen, um das Verfahren der Rentenauszahlung zu vereinfachen, da es zu manchen Ausstellungen führt gegeben habe.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen wird § 87 nach dem Beschließen der Kommission, ebenso die §§ 88-101, bet. die Rechnungslegung, die Verteilung der Renten, die Errichtung der Vorstände der Polizeiverwaltung, die Errichtung von Beiträgen und die Leistungen. Zu § 102 beantragt die Sozialdemokraten, die Leistungen mit 50 Jahren und jedes Jahr mit der Versicherung der Altersrente zu vereinigen.

Der Direktor von Wobesitz legt u. a. daß die verbundenen Regierungen noch einmal unterliegen werden, ob es möglich sein wird, den vorgeschlagenen Wünschen gerecht zu werden. Die Annahme des vorliegenden Antrags empfiehlt sich aber nicht, weil dadurch dem Bundesrat eine gebührende Berücksichtigung gegeben würde. Das letzte Verfahren habe sich nicht einbürgert; das vorgeschlagene neue Verfahren würde dahin führen, daß der Austausch der Leistungen unter allgemein am Schluß des Jahres erfolgen müßte, während er sich jetzt auf das ganze Jahr verteilt.

Abg. v. Salfer (N.) billigt die Änderung des Antrags, es heißt aber das letzte Verfahren, wonach die Renten fortlaufen sollen werden, für bequemer. Das vorgeschlagene Verfahren würde in Gefahr mit sich bringen, daß auf die letztgenannten Felder in früherer Zeit Renten nachgeliefert werden.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Gegen die §§ 111 ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, wonach die Arbeiter von dem Arbeitgeber innerhalb der Fristen des bürgerlichen Gesetzbuchs deren Anteil an den Beiträgen nachfordern können. Zum § 122, der die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ansetzt und den Versicherungsanstalten unterbreitet, beantragt Abg. Leber (N.) zu tun, daß Streitigkeiten von grundsätzlicher Bedeutung dem Reichsversicherungsamt zur Entscheidung überwiesen werden sollen. Der Antrag wird angenommen. § 129 betrifft die Vermögensverwaltung. Danach soll die Versicherungsanstalten einen Teil ihres Vermögens auch in Grundbesitz anlegen.

Abg. v. Salfer (N.) weist darauf hin, daß die Versicherungsanstalten für die Wohnungsverhältnisse Manches tun können, zumal die Wohnungsverhältnisse namentlich auch für die künftigen Arbeiter von großer Bedeutung ist, und auch die Beschäftigten des Landes ein Interesse daran haben, ein gutes Heim zu erhalten. Besonders würde von der Befähigung zu solchen Vermögensverwendungen ausgiebiger Gebrauch gemacht.

Abg. Gise (N.) verweist darauf, einen Antrag einzubringen, der dem Reichsversicherungsamt sogar das Recht gibt, die Versicherungsanstalten anzunehmen, ihre Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen herzugeben.

Die §§ 130 bis 130 „Schutzvorschriften“ sind von der Kommission nun eingeleitet. Danach soll die Versicherungsanstalten beauftragt für ihre Bezirke oder für bestimmte Bezirke oder Betriebsstätten Vorarbeiten zu erhalten zum Schutz der Arbeiter gegen gesundheitsgefährliche Einflüsse und deren Ausführung zu überwachen.

Abg. Richter beantragt diese nun eingeleiteten Paragraphen zu streichen.

Abg. Richter (Fr. P.) befürwortet diesen Antrag, weil es zu weit geht, den Versicherungsanstalten die Befugnis zum Erlaß solcher Vorschriften zu geben.

Abg. Singer (So.) titelt, dem Antrag keine Folge zu geben. Für seine Bewegung seien andere dies nun Zeitungen eine der

526
Bogen bei Stapeln in untern Geschäftsführer hat man jetzt

weiblichen Pflichten des Geklagten. Er verheiratete sich, wie man gegen ihn behauptet, auf die heimliche Weise mit einer italienischen Arbeiterin, die sich als eine gewisse Frau, die in der Fabrik des Herrn ...

Stadtschreiber Graf Wolf ... Was die eingetragenen Paragrafen betreffen, wollen die verbundenen Regierungen sich gegenseitig verständigen. Es freut ihn sehr, dass die ...

Abg. Gump ... kann dem Staatsrat nicht zustimmen. Es ist schon genug, dass wir den Bundesrat die Befugnis einräumen ...

Abg. Richter ... geht unter häufigen Unterbrechungen der Sozialdemokraten auf die Kommissionsverhandlungen ein, wobei ...

Abg. v. Wöbbeck ... Wir werden für den Antrag Richter stimmen, weil wir ihn für vernünftig halten. Solche Forderungen ...

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom 8. Juni 1899, 12 Uhr.
Im Ministerium des Reichs- und Kommunalfach.
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des ...

Abg. v. Wittberg ... nicht einen Widerspruch über die ...

Abg. v. Wittberg ... hat am 16. März 1898 eine Petition, die auf Erlass eines ...

Abg. v. Wittberg ... hat am 16. März 1898 eine Petition, die auf Erlass eines ...

die gegenwärtig stark beschäftigten der Industrie den Arbeitsnahrung aus ...

Die Friedenskonferenz im Haag.

Die mit der Beratung der Vorklässe Konferenz betraute Kommission ...

England und Transvaal.

Das Reichliche Bureau verbreitete gestern aus Kapstadt ...

Es ist unglücklicherweise wahr, dass die Konferenz zwischen ...

Der Ministerpräsident behauptet, das Journal de Boulogne ...

Das Journal de Paris will wissen, Larbif, welcher den ...

Das Journal will wissen, die Unterredung ...

des englischen Volkes nicht mit Frieden werden. Er glaubt nicht, dass die Streitfragen mit der diplomatischen ...

Die Vorgänge in Frankreich.

In der Kammer stellte der Präsident Deschanel gestern mit ...

Der Präsident stellte ferner mit der Abgeordnete ...

Asien.

Uganda.

Der durch Reuters Telegramm-Bureau gemeldeten Gefangen ...

Waaren- und Productenberichte.

Waren- und Productenberichte. Getreide. Hamburg, 8. Juni. Weizen loco flüssig loco 150-158 Mk. raffiniert loco flüssig loco 118 Mk. ...

Getreide. Hamburg, 8. Juni. Weizen loco flüssig loco 150-158 Mk. raffiniert loco flüssig loco 118 Mk. ...

Getreide. Hamburg, 8. Juni. Weizen loco flüssig loco 150-158 Mk. raffiniert loco flüssig loco 118 Mk. ...

Goursnotierungen der Berliner Börse vom 8. Juni.

Deutsche Fonds und Staatspapiere.

Table with columns for bond types (e.g., Reichsanleihe, Preuss. Anleihe) and their corresponding prices.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like Austria, Prussia, and Saxony.

Giebanen-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from companies like Norddeutscher Lloyd and others.

Deutsche Hypothekendarlehen.

Table listing German mortgage loans from various banks and institutions.

Giebanen-Stamm-Aktien.

Table listing railway common stocks from companies like Norddeutscher Lloyd.

Deutsche Wechselnotierungen.

Table listing exchange rates for various locations like London, Paris, and Frankfurt.

Giebanen-Prioritäts-Obligationen (continued).

Continuation of railway priority bonds table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Giebanen-Stamm-Aktien (continued).

Continuation of railway common stocks table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Giebanen-Prioritäts-Obligationen (continued).

Continuation of railway priority bonds table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Giebanen-Stamm-Aktien (continued).

Continuation of railway common stocks table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Giebanen-Prioritäts-Obligationen (continued).

Continuation of railway priority bonds table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Giebanen-Stamm-Aktien (continued).

Continuation of railway common stocks table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Giebanen-Prioritäts-Obligationen (continued).

Continuation of railway priority bonds table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.

Giebanen-Stamm-Aktien (continued).

Continuation of railway common stocks table.

Deutsche Wechselnotierungen (continued).

Continuation of exchange rates table.